

zum Handeln für die fortschrittlichen demokratischen Kräfte reif gewesen sei, fand der FDGB-Führer Chwalek.

Vier Stunden nach Beginn des Stadtstreiches zogen die letzten SED-Genossen mit eingerollten roten Fahnen durchgefroren nach Hause. Nur „Vorwärts“-Ausgabenverteiler versuchten noch, ihre Blätter an den Mann zu bringen.

Im sowjet-gelegenen neuen Stadthaus, dem Berliner Regierungsgebäude, saß währenddessen unbekümmert der amtierende Friedensburg, seit Wochen volkspolizeilich bewacht, ohne persönlichen Schutz. Ernst Lemmer, SMA-verbotener zweiter CDU-Vorsitzender, war auch gekommen. Für alle Fälle, um Friedensburg nützen zu können.

Ferdinand Friedensburg, der früher bis in seine CDU-Parteireihen hinein mit dem Odium des politischen Wankelmuts Behaftete, war entschlossen. Er wollte der Gewalt weichen. „Die Kommunisten sollen ruhig zeigen, daß sie Gewalt anwenden, daß sie die Spaltung bis zu Ende durchführen.“ Friedensburg will ihnen nichts schenken. Das ist seine politische Linie seit Wochen.

Nicht selten war der arbeitsame Verwaltungsfachmann der letzte, der dem Fortier im neuen Stadthaus gute Nacht sagte. Daß die Sowjets ihn als Kriegshetzer auf ihre Liste setzten, hielt ihn nicht von seiner Pflicht im Stadthaus ab. Beim Verhaftungsdrohen des stellvertretenden ostsektoralen Polizeipräsidenten Arthur Lehmann machte ihn nur die fehlende Rechtsgrundlage zornig.

Westalliierte Fotomänner belichteten Friedensburgs letzten Heimweg. Er durfte nicht ins neue Stadthaus zurück.

SED-Schmidt, vor wenigen Wochen noch magistratsentlassen (vergl. Spiegel 40/48) hatte eiligst eine schwarze Liste für Personen, die das Stadthaus nicht mehr betreten dürfen, aufgestellt. Friedensburg versuchte trotzdem ins Haus zu kommen. Der Polizeireviervorsteher zuckte volkspolizeilich die Achseln. Befehl: Die Rechtslage interessiere ihn nicht. Im russischen Sektor herrschten eben andere Zustände, war seine unbedachte Feststellung.

In die Westsektoren hütet er sich zu gehen. Dort dürfen sich auch die Opernmagistratier nicht sehen lassen. Sie können



Konsequent ... Schmidt, regierender Rat

auf Magistratsbeschuß wegen Amtsanmaßung gerichtlich bestraft werden.

„Berlin bleibt doch Berlin“, ruft Berlins Stadtmeier von SPD-Plakaten weiter dieses des Potsdamer Platzes. Dort ist die Wahlpropaganda erlaubt. West-Berlins Bevölkerung hat den kommunistischen Putschversuch ruhig hingenommen. Die große „Wahlbombe“ ist geplatzt. Heraus kam der Opern-Magistrat.

Ueber 50 Prozent der Wahlberechtigten haben die Wählerlisten geprüft. Das ist laut Statistik noch nicht dagewesen.

Eigentlich sei die Front in diesem Wahlkampf „etwas schief“, meint Jakob Kaiser, der SMA-abgesetzte Vorsitzende der CDU, und „etwas merkwürdig“ fand den Wahlkampf auch der SMA-amtsverhinderte gewählte Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter. Beide haben recht, deshalb, weil nur in drei Sektoren gewählt wird (für den Ostsektor durch Sowjetbefehl verboten). Und weil die Einheitssozialisten zur Wahlenthaltung auffordern. Der Gegner, dem man mit der Stimmzettelwaffe eine Niederlage beigebracht hätte, stellt sich nicht der vox populi: Die Kommunisten.

Warum trotzdem gewählt werde, fragte die SED-freundliche Berliner Zeitung den amtierenden Oberbürgermeister. „Weil wir das Pech haben, Demokraten zu sein“, kam es schlagfertig zurück. Friedensburg lächelte überlegen. Als Demokrat müsse man sich an die Verfassung halten.

Paragraph 3 der Berliner Verfassung schreibt die Aufstellung einer Wahlordnung vor, nach der verfahren werden muß. Die schreibt zweijährige Amtszeit für den Magistrat vor. Am 20. Oktober 1948 hätte Berlin wählen müssen. Zwei Jahre waren um.

Es wurde nichts daraus. Die Wahlunterlagen konnten nicht rechtzeitig gedruckt werden. SMA-Genehmigung blieb aus. Berlins SPD-Fraktionsvorsteher Kurt Sowiński wurde massiv gegen Friedensburg. Er wolle die Wahl sabotieren, um länger im Amt bleiben zu können. Friedensburg blieb sachlich. Das Stadtverordnetenparlament beschloß einstimmig als neuen Wahltermin den 5. Dezember. Die SED-Delegierten fehlten zur Abstimmung.

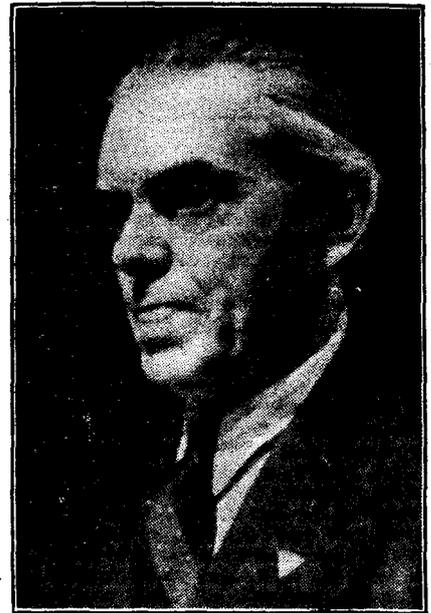
Sowjetrußlands Berlin-Kommandant Alexander Kotikow lehnte die Wahlen für seinen Sektor ab. Begründung: Undemokratische Zustände in Westberlin. Die Sowjets seien für freie demokratische Wahlen. Bedingung: Wiedergenehmigung des kommunistischen FDGB, des Kulturbundes, der FDJ und Freiheit für alle demokratischen Parteien. Erst dann könne auch an der Panke gewählt werden.

Nacheinander stellten die Bezirksämter von Weißensee bis Stadtmitte Wahlvorbereitungen ein. Ueber 600 nicht sedistische Magistratsangestellte mußten ihre Stellung räumen. Berlins Hauptwahlamt Unter den Linden wurde letzte sowjetsektorale Wahlendienststelle. Es wurde umstellt und durchwühlt, von Markgraf-Polizisten. Die Sowjets wollten Wahlunterlagen einsehen. Das Wahlamt zog um.

SED-Jendretzki rief inzwischen seine Funktionäre auf, „mehr Mumm“ zu zeigen. Nun müsse gehandelt werden.

Da erklärte US-Stadtkommandant Oberst Frank Howley zur Beruhigung der West-Berliner, er habe genügend Truppen, um die Bevölkerung „gegen einen Handstreich nach Prager Muster durch bewaffneten Mob zu schützen“. „Oberst Howley redet Stuß“ kommentierte der „Vorwärts“ in SED-parteiämtlichem zwispaltigem Fettdruck. Die übrige Ostpresse unterschob Bürgerkriegsabsichten.

In Berlin-West nahm der Wahlkampf Profil an. Die SPD schoß die ersten spitzen



... nach Lenin  
Geschke, Beauftragter der Vertrauensleute

Pfeile ab. Vor allem gegen die CDU. Sozialdemokraten hätten schon mit den Kommunisten ihre Klängen gekreuzt, als Jakob Kaiser noch lustig in Karlshorst gefrühstückt habe, lautet ein gefügiges Wort von SPD-Swolini. Es sei bekannt, daß er am liebsten zu Hause frühstücke, erwiderte ihm Jakob Kaiser.

Der Wahlstreit, wer in Berlin zuerst die Fahne der Freiheit hochhielt, dauert an. Auch die Frage, welche Partei am konsequentesten gegen den Kommunismus gekämpft habe, bleibt offen. Alle drei Parteien nehmen diesen Punkt positiv für sich in Anspruch. Aber Grundtenor aller Wahlreden bleibt die Notwendigkeit des gemeinsamen Berlin-Kampfes und die Aufforderung, überhaupt zu wählen: „Wer nicht wählt, wählt Sorge, Elend und Diktatur“ (SED).

## Diplomaten der Zukunft

Für den Fall, daß es prekär wird

In seinem Doppelzimmer der Wiesbadener Pension „Neroberg“ kann Erich Walter Gniffke nicht lange sitzen bleiben, denn Pension „Neroberg“ ist Gästehaus der hessischen Staatsregierung. Er sucht deswegen eine nette Pension im Taunus-Pensionopolis Königstein. Er wird sie auch bezahlen und drei Jahre unabhängig leben können. Denn obwohl er in Berlin dreimal seinen Flugschein verfallen ließ, um etwas für seinen verhafteten Sohn Gerhard zu tun, hat er doch Zeit gefunden, noch rasch sein Haus in Zehlendorf zu verkaufen. Im grünen Hütchen mit grünweißer Kordel führte er Interessenten vom Boden bis in die Garage, in der noch der Wagen stand. „Mein Heim ist meine Burg“, hing es im Korridor Ithweg 16.

Aus dem Zehlendorfer Ithweg 16 hatte er sich 1946 in ein Landhaus am Glienicker See umplaciert, in den Sowjetsektor, wie es für den SED-Spitzenmann und Autor der Standardbroschüre „Ueber die Ehre des SED-Funktionärs“ paßte. Als ihn Karlshorster Indiskretionen zur Aufgabe seines Sitzes im Zentralvorstand der SED und im Generalsekretariat des deutschen Volksrats bewogen, ging er zum amerikanischen besetzten Ithweg zurück, den Tochter Lilo inzwischen okkupiert hatte. Das Messingschild „Erich W. Gniffke“,

# Niemandsdeutschland

Von Jens Daniel

Die „Frankfurter Hefte“ werden zum neuen Jahr die doppelte Auflage drucken müssen. In der zweiten Dezemberhälfte will Eugen Kogon ihnen nämlich anvertrauen, was er an „schlagenden Einzelheiten“ in der letzten November-Woche noch in seinem Busen vergrub. Viele Leute in Deutschland sind neugierig: Die Militaristen, die Anti-Militaristen und auch etliche, die es satt haben, daß auf deutschem Boden eine Politik der starken Heerz demonstriert wird, ohne daß die starke Armee da sind, möglichen kriegerischen Weiterungen zu begegnen.

Es fing merkwürdig an. General Clay bescheinigte den Berlinern, daß sie notfalls bereit seien, für die Freiheit auch zu sterben. Niemand konnte das Gegenteil beweisen. Nun stirbt es sich für die Freiheit möglicherweise leichter als fürs Vaterland. Aber mit gebundenen Händen in einer Mausefalle zu sitzen, um mit Anouilh „gelassen das Ende zu erwarten“, das ist nicht jedermanns Sache. Die übrigen Deutschen stellten Erwägungen an, ob sie nicht auch wie die Berliner in einer Mausefalle säßen. Manch einer, der seine Pistole mit Freuden wegwarf, hätte sie gern wieder.

Es ging merkwürdig weiter. Der antipreußische „Rheinische Merkur“, eine Zeitung, die den Franzosen gewiß nichts Böses wünscht, forderte plötzlich die Bewaffnung der Deutschen mit Verteidigungswaffen „bis zum Pakgeschütz“. In Frankreich selbst kreierte „Le Monde“, die Startbahn halbamtlicher Versuchsballons, von denen der Quai d'Orsay gern abzurücken pflegt, eine gemeinsame deutsch-französische Streitmacht. Der Thronprätendent de Gaulle hatte zwar den Lorbeer für die künftige Verteidigung Westeuropas und Nordafrikas schon im voraus um seinen Spargel-Hals gewunden, aber aus trüben Quellen verlautet, das Oberkommando über die Armeen zweier großer Länder würde ihn auch nicht unvorbereitet finden. Tatsache ist, daß die Franzosen sich über deutsche Aufrüstungsparen vom Genre der Kogonsen bislang nicht halb so beunruhigt gezeigt haben wie über die angelsächsischen Ruhrpläne.

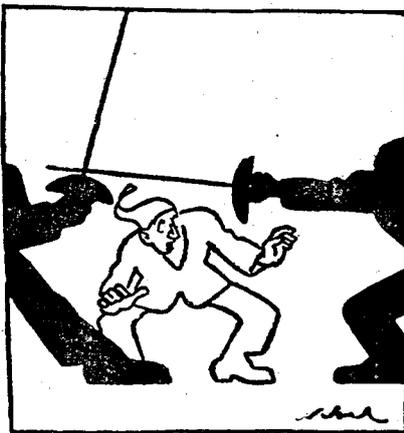
Dann kam Kogon aus Rom, und Hitlers früherer Generalstabschef Halder, den der Frankfurter Europa-Delegierte zitiert hatte, mimte in Unschuld. Man könne Westeuropa frühestens am Rhein verteidigen, sagte der Mann, der für sämtliche Angriffskriege Hitlers seine Signatur als Generalstabschef gegeben hat. „Konkret“ beschäftigten sich die Amerikaner seines Wissens nicht mit der deutschen Remilitarisierung, meinte der bayerische Monarchist, der seine pensionslosen Tage damit zubringt, europäische Kriegsgeschichte zu schreiben und kleine niedliche Exposés anzufertigen, wie beispielsweise den „Operationsplan zur Landung einer russischen Armee in England“. Solche Exposés über das strategische Gehirn des Generalobersten, sie vertreiben ihm die Zeit, die ihm seine 16 Enkelkinder noch

übriglassen, und sie vermitteln eventuellen Schülern einen realistischen Blick für die strategischen Gegebenheiten in Europa.

Die Amerikaner dementierten nur: in der US-Zone würden keine deutschen Einheiten militärisch ausgebildet. Das allerdings hatte der Verfasser des „SS-Staat“, der schon wieder SS-Kolonnen marschieren sah, im früheren Arbeitszimmer Mussolinis mit viel Pathos vor seinen Europafreunden behauptet.

Die Engländer dementierten energisch. Sie führten die „hartnäckigen Gerüchte“ auf „rein private Spekulationen (Le Monde) und kommunistische Propaganda“ zurück und beriefen sich auf Potsdam.

Deutsche Zeitungen griffen die Militarisierungs-Diskussion mit Marshall-



Nürnberger Nachrichten

„Das ist doch nicht etwa unser Platz unter den friedliebenden Völkern?“

Vorwärts-Elan auf („Rheinischer Merkur“: „Ein Hundstoft, wer Frau oder Tochter oder Schwester dem Iwan zu überlassen bereit wäre!“). Sie priesen sich als wackere Verbündete an, und begaben sich damit des taktischen Vorteils, der darin liegt, sich rufen zu lassen. Im Gegenteil, die Engländer bestiegen — nun schon notgedrungen — ihr hohes Potsdamer Pferd, und Eugen Kogon fällt der trotz Industriepolizei schwierige Nachweis zu, daß sie dort oben eine schlechte Figur machen.

Aber vielleicht enthält die Januar-Ausgabe der blauen Kogon-Hefte einige Angaben darüber, ob und wieviel Geld die Leute um Halder, die „Königsteiner“, monatlich beziehen? Vielleicht einige Angaben über die SS-Landsknechte in Oberursel, die „Guderianer“? Wieviel es sind und ob sie schon wieder im Sold stehen? Vielleicht einiges über die austro-bayrischen Werwölfe der Zukunft, die ebensowenig „konkrete“ Formationen und Männer zur Verfügung haben wie die „Königsteiner“ und die „Oberurseler“, die aber dem Vernehmen nach intim miteinander beraten, wie man unter den Russen Partisanen spielen könne?

Vielleicht bringt Kogon einiges darüber, denn ihm liegt ja daran, eine etwa vom europäischen Gesichtspunkt aus notwendige Militarisierung Deutschlands unter Kontrolle zu behalten und das Licht der Öffentlichkeit auf Dinge fallen zu lassen, die sich im Dunkeln zu einem bösen Unkraut auswachsen könnten.

Ihm liegt daran. Vielleicht liegt ihm daneben auch die Rolle des Ritters St. Georg, der dem Lindwurm mitten ins Herz sticht. Noch läßt sich nicht übersehen, ob das ungestüme römische Capriccio Kogons mehr nutzen als schaden wird.

Die militärische Begeisterung einiger Träger der deutschen Meinung war töricht. Der Schluß, sie sei darüber hinaus kennzeichnend für die Unbelehrbarkeit der Deutschen insgesamt, ist ebenso naheliegend wie falsch. Die offene Flanke nach Osten klappt so erschreckend, der Komplex, eine bloße Schachfigur auf dem weltpolitischen Brett zu sein, sitzt so tief, daß viele Deutsche, die den Kommiß bitter leid sind, Sicherheit und politisches Eigengewicht höher schätzen, als die große Errungenschaft, den Marschstiefel los zu sein.

Viele Deutsche würden ihn auch gern wieder anziehen. Darunter sind natürlich eine Menge Offiziere, die mit und ohne Panzer nach Westen oder nach Osten laufen würden. Sie halten Verbindung miteinander, und der Panzerpensionär Guderian soll dazugehören. Andere — so Halder — würden dem Westen folgen, wenn man sie rief. Es gibt aber auch Generale, die — merkwürdig genug — ihren militärischen Freunden Zurückhaltung empfehlen und politische Bedingungen (wirtschaftliche Gleichberechtigung usw.) parat halten. Sie argumentieren etwa so: Es liege nicht unbedingt im deutschen Interesse, in einem Konflikt blind für den Westen zu optieren, wenn der Westen seinerseits nicht alles daransetzt, Westdeutschland zu halten und Ostdeutschland möglichst schnell zu gewinnen. (In den Atlantik-Pakt-Gesprächen ist von beiden Deutschlands nicht die Rede.) Ein durch russische Invasion erledigtes Deutschland sei uninteressant und lohne keine Frontstellung gegen den Osten. Andererseits könne westliche Gleichgültigkeit deutschen Belangen gegenüber dazu führen, daß sich die meisten Deutschen halb gezwungen und halb verbittert von den Russen einspannen ließen. Schließlich sei eine russische „Strategie der verbrannten Erde“ genau so schlimm wie ein amerikanischer Atomstreifen quer durch Deutschland. An einem von beiden mitzuwirken sei ohne Reiz.

Es scheint also an der Zeit, meinen die Zauderer-Generale, den Deutschen zu sagen, ob und was man mit Deutschland militärisch vorhabe. Dem militärischen Niemandsland, und hier haben die Strategen recht, entsprechende haargenau ein politisches Niemandsland in den Köpfen des verwirrten Volkes.

blind und ungeputzt, hing noch von früher. Erich Walter Gniffke ist vor Walter Ulbricht geflohen. Vor dem einzigen Deutschen, dem die Russen wirklich trauen. Vor dem deutschen Lenin, der nach dem Fehlschlag der einheitssozialistischen Massenpolitik die SED zur Kader-Partei umbaut und die Funktionäre sozialdemokratischer Provenienz ausschaltet.

Ohne Gniffkes Wissen verbreiteten die Amerikaner die Rundfunknachricht „Flucht in den Westen“. Gniffke saß indessen im Zehlendorfer Freundeskreis am Radio, im Schutze der Stumm-Polizei, die ihn umgab und auf dem Ithweg mit Funkwagen patrouillierte, um ihn vor dem Zugriff seiner verflochtenen Freunde zu schützen.

Die wirkliche Flucht besorgte viele Tage später ein leerer Luftbrückenklipper. Er trug Erich W., den Proletarier mit Bourgeoisbauch, goldener Armbanduhr, Siegelring, elegantem dunklen Anzug, Ulster, scharfem Verstand und glatten Manieren. Er trug die Hausfrau Gniffke, eine gemütliche Hausfrau mit deutschem Familienherzen. Er trug drei große Koffer und ein halbes Dutzend lederne Handkofferchen. Und er trug Gina, die achtjährige Enkelin, der es in Paris und Rom besser gefallen hat als in Wiesbaden.

Ginas Eltern sind in die politische Affäre des Opa auf das unerfreulichste verwickelt worden. Mutter Lilo, geschiedene Meessen, hörte von ihrem DEFA-Regisseur und engen Freund Trauberg, es sei besser für sie, nicht in den russischen Sektor zurückzukommen. Die fällige Gage für „Quartett zu Fünft“ sei schon gesperrt.

Die sowjetlizenzierte DEFA mußte den bereits belichteten Quartett-Streifen wegwerfen und Lilo fuhr nach München, um dort ins westliche Filmgeschäft einzusteigen. Als sie voriges Jahr zu einem Rossellini-Film nach Rom startete, verkündete sie in Berlin noch, sie habe Italiens Togliatti eine SED-Botschaft zu überbringen.

Gina-Vati Dr. Dirk Meessen, geschiedener Lilo-Gatte und Röntgenologe an der Berliner Charité, hatte nach einem Trip zu Schwiegervaters Glienicker Villa Unannehmlichkeiten. Mit Gniffke Junior (Gert) war er im parteieigenen (die Staatsanwaltschaft sagt: gestohlenen) Wagen gefahren, um zu retten, was die Möbeltransporteure noch nicht mitgenommen hatten. Das war nicht viel mehr als ein Korb Kartoffeln, denn bis hinunter zum Teppichklopfer und den eingelegten Eiern war beim Haupttransport alles erfaßt und unter Aufsicht in Zehlendorf ausgeladen worden.

Dr. Meessen ist inzwischen wieder freigekommen. Aber solange Gert noch sitzt, will Erich W. mit Reden und Enthüllungen aus seiner politischen Vergangenheit und über sein neues politisches Credo zurückhalten. Verzweifelt hat er bei den Berliner Rechtsanwältinnen herumtelefoniert: Keiner hat Neigung, den 23jährigen Gert Gniffke zu verteidigen, der noch in einer Studentensitzung des sowjetkontrollierten Berliner Senders verkündete: „Wir sind die Diplomaten der Zukunft“, als die väterlichen Privatautos schon zwischen Glienicke und Zehlendorf pendelten. An der ostzentralverwalteten Linden-Universität genoß er bei den Kommilitonen den Ruf eines SED-Scharfmachers.

Otto Grotewohls Ehrenwort, dafür zu sorgen, daß Gert nichts passiert, hat den besorgten Eltern Gniffke noch keinen Nutzen gebracht. „Ja, der Otto“, sagt Mutter Gniffke, „ich glaube, er wird Wort halten, aber er hat ja auch keine Macht.“ „Er ist ein zu großer Illusionist“, pflichtet Erich W. bei.

Pieck und Grotewohl haben ihn in seiner Zehlendorfer Wohnung besucht, ehe er abflog, zu einer langen und dramatischen



Es ist eine Linie  
Gniffke: Putschen, putschen, putschen

Auseinandersetzung. Einen Tag nach seinem Austritt aus der SED war Gniffke vom Vorstand ausgeschlossen worden. Trotzdem wollten ihn Pieck und Grotewohl zurückholen. Böse Wahrheiten gingen hin und her. Und Einigkeit herrschte darüber, daß Ulbricht der Mann sei, der alle überspielt.

Auch die Sozialdemokraten, von denen Erich Gniffke herkommt, entfalteten diplomatische Aktivität um den dicken Funktionär. Zwar verkündete Neumann-Stellvertreter Kurt Mattick im „Sozialdemokrat“, die SPD lege keinen Wert auf einheitsverschmolzene Abtrünnige. Doch Franz Tausch, Chefredakteur des „Sozialdemokrat“, flog nach Hannover zum Parteivorstand. Er kam mit Vorschlägen zurück, die Gniffke albern nannte. Mit Schumacher-Stellvertreter Erich Ollenhauer ging er eine Berliner Verabredung ein, obwohl er wußte, daß er sie nicht halten konnte: Der Luftbrücken-Klipper wartete nicht. In Frankfurt wurde ein neues Rendezvous Ollenhauer-Gniffke arrangiert, doch Ollenhauer kam nicht. Und auch die Frankfurter Parteidelegation wahrte eiskalte Reserve. Gniffke sagt: „Wenn die in Hannover glauben, daß sie Politik mit mir machen können, dann muß ich eben warten, bis sie begreifen, daß wir besser gemeinsam Politik machen.“

Auch für den amerikanischen Gouverneur in Hessen, den Gniffke in Wiesbaden traf, hatte er ein Bonmot bereit: „Daß im Osten 80 Prozent gegen das Regime sind, hat nichts zu sagen, wenn sie nicht für den Westen sind, und das sind sie nicht.“ Der Grund: Die hohen Preise und die „gefährliche Schaufensterpolitik“ der Amerikaner.

Die politische Linie der Ostzone hält er für schlecht, aber er sagt mit Nachdruck: „Es ist eine Linie.“ Wenn Erich W. in die SPD einsteigt, dann wird er zur Linksradikalisierung treiben.

Solange er noch nicht einsteigen kann (nach SPD-Kriedemann mindestens fünf Jahre), wird er u. a. ein Buch über seine Erfahrungen im Umgang mit Kommunisten und Russen schreiben. Mit Reuter hat er vertraglich Ablieferung innerhalb von drei Monaten vereinbart. Die Muße dazu will er sich unter allen Umständen auf der Rheinlinie suchen. Um für den Fall, „daß es prekär wird“, rasch hinter die westliche Verteidigungsfront gelangen zu können.

Das gibt er ganz offen zu und spricht auch von dem sozialdemokratischen Arbeiter, auf den es in der künftigen deutschen Armee ankomme. Trotzdem ist der historische Materialist Gniffke von der dialektischen Unausweichlichkeit eines neuen Krieges nicht überzeugt. „Die Leute im Westen“, sagt er, „haben eine ganz falsche Vorstellung. Die Politik der Ostzone ist auf die Linie von 1923 gegangen, und das heißt nicht Weltkrieg, sondern putschen, putschen, putschen.“

## Lydias Geheimnis

### Am Leben blieb der schwarze Sohn

Die Herren von der französischen Militär-Regierung, die in Wiesbaden in der Dotzheimer Straße läuteten — „Sewonu 2mal klingeln“ —, schellten in offizieller Mission. Er sei der rechtmäßige König von Togo, sagten die Franzosen dem schwarzen Mann, der hier wohnt. Bald wird Arthur Sewonu nicht mehr in seiner grauen Windjacke mit einem umgebauten Opellaster durch Wiesbaden fahren. Seine schwarzen Stammesgenossen in Togo wollen die Passage bezahlen, um ihren endlich entdeckten König in sein Reich heimzuführen.

Eine lange Geschichte ist das. Als noch die Deutschen in Togo zu Hause waren, schickte der stattliche Negerkönig Jakob Abraham Adjalle den ältesten seiner drei Söhne und rechtmäßigen Nachfolger Josef Sewonu nach Hamburg zur Firma Roneo GmbH, Neuer Wall 70—74 in die Lehre, daß er zunächst einmal ein guter Kaufmann werde. 12 Jahre war Josef Sewonu damals alt, Deutsch hatte er längst in Lome gelernt.

Das dauerte bis zum Krieg. Dann meldete sich der schwarze Josef freiwillig zu den Bonner Husaren, zog nach Frankreich und Flandern, holte sich einen Kopfschuß und stieg schließlich bei den Bonnern wieder aus, als der Kaiser 1917 keine Farbigen mehr in seiner Armee haben wollte.

Er wurde Nachportier im „Parkhotel“ in Wiesbaden und führte Rosa Make aus Gelsenkirchen in die Albrechtstraße heim. 1921 starb er an den Folgen seiner Verwundung. Am Leben blieb der schwarze Sohn: Arthur Sewonu.

Mutter Rosa kümmerte das königliche Blut nicht viel. Sie schickte den kleinen Mohren in die Schule. Er sollte nun wirklich Kaufmann werden, und hätten die Braunen mehr für die Schwarzen übrig gehabt, wäre auch alles gut gegangen. „Doch als ich aus der Schule kam, fingen sie an zu bohren. Kein Mensch wollte mich. Zwei Jahre habe ich nach einer Lehrstelle gesucht.“ Bis Großvater Adjalle brieflich den Tip gab, Autoschlosser sei doch die unauffälligste Sache, und Erbprinz Arthur Sewonu machte in der Moritzstraße seine Autoschlosser-Gesellenprüfung.

Von Werkstatt zu Werkstatt wurde er dienstverpflichtet. Als im Februar 1945 über dem Kochbrunnen die Bomben zerschellten, verschwand er mit einer Pistole 08 auf Nimmerwiedersehen.

Inzwischen hatte man die schwarzhaarig-zierliche Lydia Dirlenbach aus der